



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Dienstag, 05.12.2017, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2018 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan (Vorl.Nr. 492/17 bis 523/17)	Vorl.Nr. 418/17
TOP 1.1	- Haushaltsplan 2018 - Anlage	Vorl.Nr. 419/17
TOP 1.2	- Haushaltsplan 2018 - Nachlieferung - Anlage	Vorl.Nr. 487/17

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Gemeinderats. Er stellt fest, dass es seitens des Gremiums keine Einwände zur Tagesordnung gebe.

Sodann ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf und bittet Herrn Kiedaisch um Vortrag.

Herr **Kiedaisch** (Fachbereich Finanzen) informiert über den Beratungsfahrplan für die Haushaltsplanberatungen und erläutert das Verfahren. Er stellt die Veränderungen seit der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs vor. Insbesondere geht er im Teilhaushalt 90 auf die sich veränderten Steuern und Zuweisungen ein. Die Haushaltsanträge würden in der heutigen Sitzung beraten, bis zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung in der kommenden Woche aufbereitet und dann in der Sitzung des Gemeinderats am 14.12.2017 beschlossen. Die aufbereiteten Unterlagen würden den Stadträten zur Verfügung gestellt.

Stadtrat **Herrmann** bittet um Aufruf des Teilhaushalts 90 am Ende der Beratung der Haushaltsanträge. Es hätten sich enorme Verbesserungen seit Drucklegung des Haushaltsplans ergeben. OBM **Spec** sagt den erneuten Aufruf zu.

Abweichender Beschluss:

2018 wird ein externer Controller (m/w) bei allen Hochbauvorhaben über 5 Millionen Euro Baukosten beauftragt. Dies gilt auch für bereits beschlossene, aber noch nicht begonnene Maßnahmen (z. B. ZOB, Friedrich-von-Keller-Schule, Bildungszentrum West und ZIEL).

Zu den Aufgaben gehört auch zu prüfen, ob das entsprechenden Bauprojekt über gesetzliche Mindestanforderungen hinaus (Standards) geplant wurde und um welche zusätzlichen Anforderungen es sich handelt.

Der Beschluss aufgrund der Vorlage O34/12, mit dem eine energieeffiziente Bauweise festgesetzt wurde, wird aufgehoben und es werden neue Richtwerte innerhalb der gesetzlichen Vorgaben festgesetzt.

Der Controller hat Rederecht im Gemeinderat bzw. Gemeinderatsausschüssen und eine Auskunftspflicht gegenüber dem Gemeinderat. *Ein Vorschlag zur Umsetzung wird im 1. Quartal 2018 nach Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vom Gemeinderat beschlossen.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss über die Absätze 1, 2 und 4 wird mit 28 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Über Absatz 3 erfolgt keine Abstimmung.

Nicht anwesend: Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** kündigt an, dass die Verwaltung zu Beginn des Jahres 2018 anhand eines konkreten Verfahrensbeispiels einen Umsetzungsvorschlag in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt einbringen werde.

Stadtrat **Herrmann** bittet darum, dass in heutiger Sitzung ein Grundsatzbeschluss gefasst werde. Die Details der Umsetzung könne die Verwaltung dann bis zum Ende des 1. Quartals 2018 vorlegen.

Laut OBM **Spec** sei zum jetzigen Zeitpunkt nur eine grobe Kostenschätzung möglich. Die genauen Kosten könne man erst anhand eines konkreten Beispiels beziffern. Das Verfahren müsse erst durchexerziert werden. Er schlägt die Vorgehensweise der Verwaltung vor.

Stadtrat **Noz** drängt auf einen Beschluss. Andernfalls verschöbe es sich in den Haushalt 2019.

Stadtrat **Weiss** gibt an, dass seit Jahren ein externes Controlling gefordert werde. Es handle sich um viele Investitionen, die sich dadurch reinholen ließen.

Laut Herr **Kiedaisch** seien die Kosten für ein externes Controlling Baunebenkosten. Bei Beschluss müssten die Baukosten aufgestockt werden. Die Einsparungen seien andererseits ungewiss. Der Vorschlag sollte lieber anhand eines konkreten Projekts beispielhaft durchgerechnet werden.

Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) führt aus, dass mit zusätzlichen 5 % der Baukosten zu rechnen sei. In der Vergangenheit habe es ein Baucontrolling gegeben, die Ergebnisse darüber seien im Gemeinderat präsentiert worden. Anhand eines konkreten Projekts wolle man nun im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt einen Vorschlag unterbreiten. Seit Jahren betreibe der Fachbereich Hochbau ein internes Controlling und habe gute Erfahrungen damit.

Stadtrat **Noz** spricht von einem sinnvollen gemeinsamen Antrag. Es gebe sicherlich noch Puffer nach oben. Der Antrag liege im Interesse der Verwaltung für die Einhaltung der Sorgfaltspflicht. Man müsse heute einen Beschluss fassen und nach einem Jahr ein Fazit ziehen.

Die Fraktion unterstütze den Antrag und die Einführung eines Controllings bei Großprojekten, so Stadträtin **Liepins**. Details sollten im Laufe des Jahres erarbeitet werden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** erklärt, dass die Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen wolle.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement empfehle laut Stadtrat **Eisele** die sparsame Haushaltsführung – wie es auch die Kommunalverfassung gebiete – durch ein geeignetes Controlling im Hochbau. Ein Grundsatzbeschluss könne heute gefasst werden.

BM **Ilk** möchte nicht, dass ein falscher Eindruck der Kostenkontrolle erweckt wird. Für Bausachen gebe es etliche interne Runden der Abstimmung. Die Planungen, die im BTU präsentiert werden, seien ausgefertigte Planungen. Dabei stelle die Verwaltung immer die kostengünstigen vor. Für ein externes Controlling solle ein Testprojekt erstellt werden.

Die Verwaltung sträube sich nicht gegen Controlling, so OBM **Spec**. Ein internes Bauinvestitionscontrolling gebe es regelmäßig zwischen der Kämmerei und Baufachleuten ab Kosten von 300.000 Euro. Durch den Beschluss würde das Controlling darüber hinausgehen. Bei Beschluss müsse die Maßnahme durchgeführt werden. Bei den hohen Kosten dafür sei noch nicht klar, ob und wie viele Ausgaben sich einsparen ließen. Wenn ein Beispielprojekt gut verlaufe, könne es danach weitergeführt werden.

Für Stadtrat **Noz** sehe dieses Vorgehen wie ein Hinauszögern aus. Großprojekte dauerten drei Jahre, erst dann könne eine Testphase Ergebnisse bringen. Ein externes Controlling könne sofort beauftragt werden. Es solle nun ein Grundsatzbeschluss gefasst werden. Wenn sich herausstellte, dass es nicht gut sei, könne man es auch wieder beenden.

Stadtrat **Kasdorf** gibt zu bedenken, dass man dem 3. Absatz nicht zustimmen könne, wenn einem am Klimaschutz liege.

OBM **Spec** erinnert daran, dass bei Annahme der Antrag bindend für die Verwaltung sei. Es

ergäben sich dann zusätzliche Kosten von ca. 5 % pro Bauinvestition.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** schlägt vor, die Abstimmung über den Antrag zu teilen, der 3. Absatz dürfe ohne Vorberatung im Ausschuss nicht aufgehoben werden.

Mit diesem Vorgehen zeigt sich Stadtrat **Herrmann** einverstanden. Er macht den Vorschlag, über die Absätze getrennt abzustimmen und den 4. Absatz zu ergänzen, dass detaillierte Ausarbeitungen im BTU vorgestellt werden.

Es seien bei jeder Bausache ca. 10 % der Kosten für Unvorhergesehenes eingeplant, so Stadtrat **Rothacker**. Dies ließe sich dann mit den Kosten und Einsparungen des Controllings gegenrechnen. Der bereits getestete interne Controller habe nicht den gewünschten Erfolg gezeigt, da ihm von der Verwaltung Informationen vorenthalten worden seien, berichtet Stadtrat Rothacker.

Herr **Weißer** widerspricht dem letztgenannten Punkt vehement. Die Verwaltung habe lediglich den Vorschlägen des Controllers nicht folgen können, da diese gegen gültige Gemeinderatsbeschlüsse gehandelt hätten.

BM **Ilk** mahnt an, dass die beabsichtigte Auskunftspflicht gegenüber dem Gemeinderat nicht dazu ausgenutzt werden dürfe, dass das Hochbauamt öffentlich zur Schau gestellt werde.

OBM **Spec** fasst die Diskussion zusammen, dass der 3. Absatz zur energieeffizienten Bauweise aus der Beschlussfassung gelöst und im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im 1. Quartal 2018 beraten werde. Die Absätze 1, 2 und 4 werden zur Abstimmung gestellt und der 4. Absatz dahingehend ergänzt, dass Details des Verfahrens nach Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im 1. Quartal in den gemeinderätlichen Gremien beschlossen werden (wie oben eingefügt). Diesen modifizierten Antrag stellt er zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Prof. Vierling** führt aus, dass die Ziffern 1-3 haushaltsrelevant seien. Nach der Information über die Ergebnisse des Dieseltreffens im Bundeskanzleramt bräuchte die Stadt nun Beschlüsse über konkrete Maßnahmen. Die Feinstaubgrenzwerte seien seit 8 Jahren nicht eingehalten. Die Stadt müsse nun vorangehen und Anträge, die der Luftreinhaltung dienlich sind, bearbeiten. Die Finanzen seien im Haushalt eingestellt. Die Ziffer 4 stelle er zurück, prioritär solle hier das Cityticket behandelt werden.

OBM **Spec** erläutert, dass die Stadt schon vor Monaten eine konkrete Maßnahmenliste zur Förderung angemeldet habe. Die Maßnahmen seien in Ludwigsburg schon lange in Bearbeitung. Mit Autoherstellern und Verwaltung gebe es im Dezember einen Workshop. Aufgrund einer Unbedenklichkeitserklärung könnten Maßnahmen aus der Fonds Nachhaltige Mobilität vorgezogen

werden, ohne dass dies förderschädlich sei.

Als verwaltungsinterne Angelegenheiten bezeichnet dies Stadtrat **Prof. Vierling**. Es habe noch keine Beschlussvorlage gegeben. Der Gemeinderat sei hier zuständig.

Laut OBM **Spec** stelle dies eine abweichende Praxis der Förderfähigkeit dar. Erst nach dem erteilten Förderbescheid könnten konkrete Maßnahmen beschlossen werden.

In der folgenden Diskussion, an der sich Stadtrat **Herrmann**, Stadtrat **Weiss**, Stadtrat **Heer**, Stadträtin **Liepins** und OBM **Spec** beteiligen, einigt sich das Gremium mehrheitlich, dass über den Antrag nicht abgestimmt werden solle, sondern die Verwaltung im 1. Quartal 2018 über die Maßnahmen des Fonds Nachhaltige Mobilität berichtet.

Der Antrag wird daraufhin von Stadtrat **Prof. Vierling** zurückgezogen.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird von Stadtrat **Heer** dahingehend spezifiziert, dass Anträge von Einzelstadträten eingeschlossen seien. Der Antrag ist mit Behandlung im 1. Quartal 2018 in den gemeinderätlichen Gremien erledigt.

Ergänzend zum Änderungsverzeichnis habe sich eine zusätzliche Aufnahme von 80.000 Euro durch die Änderung der Satzung für ehrenamtliche Tätigkeit ergeben, die für Februar 2018 geplant sei, führt Herr **Kiedaisch** aus.

Stadtrat **Herrmann** fügt hinzu, dass die öffentlichen Beratungen im Februar im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung und im Gemeinderat stattfinden. Es werde keine Entscheidung durch die Hintertür getroffen.

Beschluss:

Im Stellenplan wird die Stelle der/des Gleichstellungsbeauftragten um 30 % auf 100 % aufgestockt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Nitzsche** (Fachbereich Organisation und Personal) bemerkt, dass durch den Antrag und die Berichterstattung in der Presse ein falsches Bild entstanden sei. Die Gleichstellungsarbeit sei aufgabenteilig angelegt gewesen für sowohl intern, innerhalb der Stadtverwaltung, als auch extern, nach außen in die Stadt. Gleichstellung sei permanentes Thema in der Stadt. Es sei klar, dass die Stelle wiederbesetzt werden müsse.

Laut OBM **Spec** solle das Thema in der ersten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 2018 aufgerufen werden.

Stadträtin **Deetz** wolle die Bemühungen der Stadt nicht in Abrede stellen. Allerdings sei seit 2014 nicht im Gemeinderat berichtet worden. Sie bittet um Bericht und um Besetzung der Stelle. Die einzustellende Person dürfe nicht weisungsgebunden sein.

OBM **Spec** berichtet, dass seit 30 Jahren viel Geld für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für den Wiedereinstieg für Frauen in die Hand genommen worden sei. Man müsse auch sehen, was in dieser Zeit erreicht worden sei. Das Thema dürfe sich nicht in Symbolpolitik erschöpfen.

Stadträtin **Kreiser** bittet um Weiterleitung an den zuständigen Ausschuss für die inhaltliche Diskussion.

Inhaltlich bestehe bei diesem Thema kein Dissens, stellt OBM **Spec** fest. Auf Rückfrage von Stadträtin **Liepins** bestätigt er die vorgesehene Beratung im 1. Quartal 2018 und die Ausweisung von 20.000 Euro im Haushalt.

Auf Hinweis von Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erläutert Herr **Nitzsche**, dass die Stelle mit 70 % im Stellenplan enthalten sei. Zur Ausweisung als 100%-Stelle müsste der Stellenplan um die 30 % erhöht werden.

TOP 1.6	Aufstockung und Höherdotierung sowie Besetzung der Stelle des/der Beauftragten für Chancengleichheit (Gleichstellungsbeauftragten) der Stadt Ludwigsburg - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2017	Vorl.Nr. 509/17
---------	---	-----------------

Dieser modifizierte Haushaltsantrag wird im Anschluss von OBM **Spec** zur Abstimmung gestellt. Der Antrag ist damit erledigt.

TOP 1.7	Ausschreibung eines Stadtstipendiums für eine Absolventin oder einen Absolventen einer Ludwigsburger Hochschule - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2017	Vorl.Nr. 504/17
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** führt aus, dass es verschiedene Modelle hinsichtlich Dauer und Leistung eines Stadtstipendiums gebe.

Laut OBM **Spec** sollten für eine Beschlussfassung die finanziellen Auswirkungen grob durch den Antragsteller benannt werden.

Es könne in Kooperation mit den Ludwigsburger Hochschulen aufgelegt werden, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Außerdem könnte die Wohnung im Schloss kostenfrei genutzt werden, als Kosten sollten 40.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden.

Stadtrat **Herrmann** findet das Grundanliegen des Antrags zustimmungswürdig. Die genannte Summe sei jedoch viel zu hoch, er halte 10.000 Euro für angemessener. Das Stadtstipendium sollte im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung weitergehend beraten werden.

Grundsätzliches Einverständnis signalisiert auch Stadtrat **Heer**.

Stadträtin **Deetz** erinnert in diesem Zusammenhang an das Stadtschreiberprojekt 2018 im Rahmen des Stadtjubiläums.

OBM **Spec** stellt fest, dass der Antrag zu weiteren Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung verwiesen werde.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Nitzsche** (Fachbereich Organisation und Personal) erklärt, dass der Antrag die Personalgewinnung unterstütze. Es gebe aktuell in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA) 42 Plätze. Die Stadt empfehle im Moment, davon abzusehen, neue Ausbildungsplätze zu schaffen, da die existierenden Ausbildungsplätze oftmals schon nicht besetzt werden könnten. Mit den Auszubildenden würden frühzeitig Gespräche zur Anschlussübernahme geführt. Bei zusätzlichem Stellenbedarf würde die Verwaltung auf den Gemeinderat zukommen.

Stadtrat **von Stackelberg** erläutert, dass die Stadt Geld für Personal zur Verfügung haben solle. Dies sei auch ein klares Signal für die Öffentlichkeit. Der Antrag schließe auch Absolventen der Sozialen Arbeit ein. Dies sei ein Puffer für geeignete Investitionen im Personalbereich.

Stadtrat **Herrmann** hält den Antrag grundsätzlich für richtig. Er schlägt einen detaillierten Bericht im 2. Quartal 2018 über die Ausweitung des Personalbereichs der sozialen Berufe an.

Für die Fraktion unterstützt Stadtrat **Haller** den Antrag. Die Stadt müsse die Pflichtaufgaben erfüllen.

Stadtrat **Weiss** spricht die demographische Entwicklung des Personals an. Der Antrag sei vernünftig.

OBM **Spec** erkennt die mehrheitliche Bereitschaft, dem Antrag zu folgen, und lässt über den Antrag abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Die Ludwigsburg Card, Nachfolge des Ludwigsburger Familien- und Sozialpasses, sollte grundsätzlich Familien mit niedrigen Einkommen gewährt werden, auch wenn sie nur ein oder zwei Kinder haben. Die bisherige Beschränkung auf kinderreiche Familien mit niedrigen Einkommen berücksichtigt nicht, dass auch Familien mit niedrigen Einkommen und nur ein oder zwei Kindern großen finanziellen Schwierigkeiten ausgesetzt sind. *Hierfür werden 10.000 Euro im Haushalt 2018 angesetzt.*

Die Möglichkeit für Kinder aus Ludwigsburg Card-berechtigten Familien, in Ludwigsburg kostenlos in den Bussen des Nahverkehrs zu fahren, entlastet Familien mit niedrigen Einkommen bei den Mobilitätsausgaben und gibt ihnen einen finanziellen Anreiz, seltener Auto zu fahren.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss über Absatz 1 wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Eine Abstimmung über Absatz 2 findet nicht statt.

Nicht anwesend: Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** sieht den 2. Absatz im Zusammenhang mit dem Cityticket (Haushaltsanträge Vorl.Nr. 501/17 und 510/17). Über diesen Absatz könne im Folgenden zusammen mit den Anträgen zum Cityticket abgestimmt werden.

Stadtrat **Prof. Vierling** erläutert, dass die Möglichkeiten für Geringverdiener ausgeweitet werden sollen. Insgesamt mehr Familien sollen von der Ludwigsburg-Card profitieren. Der öffentliche Nahverkehr gehöre da auch dazu. Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen zeigt er sich einverstanden, es solle über die zwei Absätze getrennt abgestimmt werden. Zur Spezifizierung schlägt er eine Änderung in Absatz 1 wie oben eingefügt vor.

Der geänderte Absatz 1 wird daraufhin von OBM **Spec** zur Abstimmung gestellt.

TOP 1.10 In den neuen Baugebieten werden weiterhin Vorl.Nr. 503/17
Baugruppen und sog. „Mietshäuser-Syndikate“
bevorzugt und entsprechend beraten
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 20.11.2017

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** erläutert, dass zum Neubaugebiet Schauinsland eine Beschlussvorlage vorbereitet werde, die in einem kommenden Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werden solle. Die Mietshäusersyndikate werden im Rahmen der Grundstücksvergabe geprüft.

Mit weiteren Beratungen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ist der Antrag erledigt.

Mit dieser Vorgehensweise zeigt sich der Gemeinderat mehrheitlich einverstanden.

TOP 1.11 Ankauf / Anmietung von Wohnraum zur städtischen Vorl.Nr. 514/17
Nutzung
- Haushaltsantrag der FDP-Stadträte vom
22.11.2017

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** berichtet, dass sich die Stadt in Verhandlungen über die Thematik befinde.

Mit Bericht und Beratung im 1. Halbjahr 2018 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ist der Antrag erledigt.

TOP 1.12 Anschlussunterbringung von Geflüchteten Vorl.Nr. 516/17
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 21.11.2017

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Burkhardt** liege Flächensparen am Herzen. Anschlussunterkünfte sollten nicht in Holzhäusern untergebracht werden. Mit Einbringung einer entsprechenden Vorlage in den gemeinderätlichen Gremien sei der Antrag für sie erledigt.

OBM **Spec** hält fest, dass man so verfahren wolle.

Beratungsverlauf:

Der Antrag steht im Zusammenhang mit dem Antrag Vorl.Nr. 513/17 und könne gemeinsam beraten werden, erläutert Herr **Kiedaisch**. Es handle sich um nicht haushaltsrelevante Anträge. Er schlägt vor, im 1. Halbjahr 2018 einen aktualisierten Überblick über die Maßnahmenliste vorzustellen.

Stadtrat **Noz** wünscht, dass der Gemeinderat die Prioritäten verteile. Es sollte nur das geplant werden, was auch umgesetzt werden könne.

Stadtrat **Weiss** wolle die Maßnahmen weitestgehend entzerren und machbare Projekte später planen.

Mit einem Bericht im 1. Halbjahr 2018 über die aktualisierte Maßnahmenliste ist der Antrag erledigt, so OBM **Spec**.

Beratungsverlauf:

Der Antrag steht im Zusammenhang zum Antrag 492/17 und wird gemeinsam beraten. Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.13.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** führt aus, dass Mittel in Höhe von 200.000 Euro im Haushalt eingestellt seien. Eigentlich reche man mit den angekündigten sog. Wanka-Milliarden, einem Förderpaket für die Digitalisierung von allgemeinbildenden Schulen in Höhe von 5 Mrd. Euro. Diese seien aufgrund der geschäftsführenden Bundesregierung nicht abrufbar; die Stadt wolle nun nicht förderschädlich handeln. Im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sei am 13.12.2017 ein Bericht über die Thematik vorgesehen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erläutert, dass es auch Landesfördermittel gebe. Man könne mit den
Protokollauszug Gemeinderat 05.12.2017

TOP 1.15 Digitalisierungsoffensive in den weiterführenden Vorl.Nr. 507/17
Ludwigsburger Schulen
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom
20.11.2017

Maßnahmen nicht ewig warten, immerhin sei die Bildungsinfrastruktur ein Pfund, mit dem die Stadt wuchere. Die Schulen hätten einen hohen Innovationsbedarf. Da der Bericht im Ausschuss angekündigt sei, sieht er den Antrag als erledigt an.

OBM **Spec** bekräftigt die Wichtigkeit des Themas. Die beteiligten Fachbereiche arbeiteten intensiv daran.

TOP 1.16 Abriss des "Alten Fachklassentrakts" (Betonbau) Vorl.Nr. 506/17
am Mörike / Friedrich-Schiller-Gymnasium und
Beeitstellung der dann fehlenden Schulräume
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom
20.11.2017

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** berichtet, dass das Thema virulent sei. Planungskosten für den Abriss seien über den allgemeinen Bau-Sammler abgedeckt. Ein Bericht darüber sei im 2. Quartal 2018 vorgesehen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden. Ob ein Ersatzneubau nötig sei, würden die Planungen zeigen. Ggf. sollten Planungskosten für einen Neubau eingestellt werden.

Stadtrat **Prof. Vierling** wünscht einen Bericht über die Prognose der Schülerzahlen.

Laut OBM **Spec** werde die Stadtverwaltung darüber im 2. Quartal 2018 berichten. Mit Bericht in gemeinderätlichen Gremien ist der Antrag erledigt.

TOP 1.17 Sprachförderung in den Kitas der Evangelischen Vorl.Nr. 521/17
Gesamtkirchengemeinde Ludwigsburg
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt vom
21.11.2017

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** kündigt zur Thematik einen Bericht im 1. Quartal 2018 an.

Stadträtin **Burkhardt** bittet um einen genauen Zeitplan.

Laut Frau **Schmetz** (Fachbereich Bildung und Familie) habe die evang. Kirche Ende November 2017 Zahlen gemeldet. Im Januar 2018 würden Gespräche stattfinden. Sodann wolle die Verwaltung im 1. Quartal 2018 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales berichten.

Beschluss:

Für die Maßnahme werden 50.000 Euro in den Haushalt 2018 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold
Stadtrat von Stackelberg

Beratungsverlauf:

Laut BM **Iik** solle der Antrag im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt behandelt werden.

Der Versuchszeitraum sei abgelaufen, so Stadtrat **Noz**. Die Verwaltung müsse nun prüfen, ob eine Umsetzung als Fahrradstraße möglich sei, ohne neue Mittel einzusetzen. Zur Entlastung der Solitudestraße und zur Sozialkontrolle in der Alleenstraße solle die Fahrradstraße eingerichtet werden und der motorisierte Individualverkehr von West nach Ost zugelassen werden. Die Anwohner aus der Alleenstraße würden berichten, dass die Verkehrsführung dort nicht funktioniere. Er bittet um Behandlung und Beschluss im 1. Quartal 2018.

BM **Iik** führt aus, dass die Alleenstraße planerisch angegangen werden müsse. Dafür könne man eine Planungsrate in Höhe von 50.000 Euro einstellen. Er plädiert für einen Bericht im 1. Halbjahr 2018, wenn möglich bereits im 1. Quartal.

Stadträtin **Dr. Knoß** wirft ein, dass nicht ein paar Anwohner gegen viele Schüler ausgespielt werden dürften.

OBM **Spec** lässt sodann über den geänderten Antrag mit der Planungsrate von 50.000 Euro abstimmen. Ein Bericht erfolge innerhalb des 1. Halbjahrs 2018. Der Antrag ist damit erledigt.

TOP 1.19 Fußwegeplanung als Teil einer zukünftigen Verkehrsplanung
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 21.11.2017

Vorl.Nr. 517/17

Beratungsverlauf:

Im 2. Quartal 2018 werde im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Technik über den Fußwegcheck berichtet, so BM **Ilk**.

Stadträtin **Burkhardt** erwarte dann detaillierte und keine lapidaren Antworten. Die Vorgabe des Landesverkehrsministerium, wonach 30 % der Wege in der Stadt zu Fuß zurückgelegt werden sollen, müsse eingehalten werden.

In diesem Zusammenhang bittet Stadträtin **Dr. Knoß** in dieser Sitzung des BTU um Abstimmung über ihren offenen Antrag zu den Fußspuren am Westausgang des Ludwigsburger Bahnhofs.

TOP 1.20 Suche nach einem neuen Festplatz
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 21.11.2017

Vorl.Nr. 518/17

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** berichtet, dass ein Festplatz seit Jahren immer wieder thematisiert worden sei, aber keine geeignete Fläche gefunden worden sei.

Laut Stadträtin **Burkhardt** sei früher die Bärenwiese die Festwiese gewesen. Nach der Posse um den Zirkus Althoff sei es nötig, einen neuen Festplatz zu suchen. Sie bittet um eine entsprechende Vorlage.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** möchte neue Flächenversiegelungen vermeiden.

Es hätten zahlreiche Suchläufe stattgefunden, so OBM **Spec**. Außerhalb von Landschaftsschutzgebieten seien keine Flächen identifiziert worden. 2018 sei ein Gastspiel des Zirkus Roncalli ohne Wildtiere angekündigt.

Stadtrat **Herrmann** appelliert an private Grundstückseigentümer, ihre Flächen für Zirkusse zur Verfügung zu stellen. Wenn die Verwaltung nicht wolle, finde sie auch keine Flächen.

OBM **Spec** wundert sich über die polemische Note der Diskussion. Es habe diverse Suchläufe gegeben.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) pflichtet dem bei. Eine dauerhafte Lösung werde es nicht geben.

Frau **Burkhardt** nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Sie bittet darum, kein Zirkusgastspiel in einem Landschaftsschutzgebiet mehr zuzulassen. Den Antrag zieht sie damit zurück. Gleichzeitig erinnert sie an die Beantwortung ihrer Anfrage zum Zirkusgastspiel.

TOP 1.21 Standort der größten Solaranlage Deutschlands Vorl.Nr. 519/17
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 21.11.2017

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** berichtet, dass im Aufsichtsrat der Stadtwerke Beschlüsse gefasst worden seien. Ein entsprechender Bebauungsplan werde demnächst im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten.

Für Stadträtin **Burkhardt** ist der Antrag damit erledigt. Sie mahnt in diesem Zusammenhang die schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage zum Thema Solarthermieanlage an.

TOP 1.22 Auflistung der Kaltluftentstehungsgebiete und der Vorl.Nr. 520/17
Frischlufthahnen in bebauten Gebieten
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 21.11.2017

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** werde den Klimaatlas mit Auflistung der Kaltluftentstehungsgebiete und Frischlufthahnen zur Verfügung stellen.

Stadträtin **Burkhardt** wünscht die Auflistung mit der direkten Verortung der Kaltluftschneisen. Damit ist der Antrag erledigt.

TOP 1.23 Verkehrsplanungskapazität in der Stadtverwaltung Vorl.Nr. 498/17
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 22.11.2017

Abweichender Beschluss:

Die Stelle wird in Entgeltgruppe 13 eingruppiert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** berichtet, dass die Stadt erfreut sei, dass mehr Personal zur Verfügung gestellt werden solle. Derzeit seien zwei Stellen im Bereich der Verkehrsplanung nicht besetzt, die eine als Projektleiter Doppelstrategie sei befristet ausgeschrieben, die andere sei im Stellenplan 2018 enthalten, aber noch nicht ausgeschrieben. Wenn beide Stellen besetzt seien, werde die Stadt einen weiteren Bedarf prüfen.

Seines Wissens sei Herr Behnsen der Projektleiter der Doppelstrategie, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Ausgangspunkt für den Antrag sei die Radwegplanung, bei der die Stadt mehr Tempo aufnehmen müsse.

Verkehrsplaner seien gut, meint Stadtrat **Noz**, allerdings nicht ausschließlich Radwegplaner.

OBM **Spec** fordert integrierte Planer für den Verkehrsbereich. Er schlägt vor, die Stelle vorsorglich im Stellenplan auszuweisen, und zwar unbefristet.

Stadträtin **Liepins** gibt an, einen ähnlichen Antrag geplant zu haben.

Die Mobilitätsplanung in der Innenstadt sei wichtig, wirft Stadtrat **Weiss** ein. Dem Antrag stimme die Fraktion nicht zu.

Die Radwegplanung sei noch nicht ausreichend, führt Stadtrat **Lettrari** aus. Das Landratsamt sei ebenfalls auf der Suche nach einem Verkehrsplaner als Koordinator für die Doppelstrategie.

Stadtrat **Eisele** fragt, ob dann für nächstes Jahr zwei zusätzliche Verkehrsplaner beschlossen würden.

BM **Ilk** erläutert, dass Herr Behnsen Abteilungsleiter Mobilität sei. Der Bereich Verkehr habe die meisten Arbeitszuwächse verzeichnet und geeignete Bewerber seien rar. Das Thema Mobilität müsse multmodal gedacht werden für eine Verkehrsplanung für alle.

OBM **Spec** schlägt vor, dass die zusätzliche Stelle in die Entgeltgruppe EG 13 einzugruppieren.

Stadtrat **Herrmann** gibt seine Zustimmung kund, da die Personalangelegenheit dann vom Ausschuss beschlossen werde.

Sodann lässt OBM **Spec** über den modifizierten Antrag abstimmen.

TOP 1.24 Konzeption des Baugebiets Fuchshofstraße im
Sinne einer „Gartenstadt Fuchshof“
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 20.11.2017

Vorl.Nr. 502/17

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** kündigt an, dass im Verlauf der weiteren Planungen zum Baugebiet Fuchshof das Thema im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt aufgerufen werde.

TOP 1.25 Tiefgarage unter den Parkplätzen Bärenwiese
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom
20.11.2017

Vorl.Nr. 505/17

Beschluss:

Der Planungsansatz wird auf 40.000 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 23 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf
 Stadträtin Kreiser
 Stadtrat Th. Lutz
 Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Liepins** berichtet, dass die vorgeschlagenen Planungskosten mit 20.000 Euro eingestellt werden sollten. Der Bau einer unterirdischen Garage sei förderlich für die Landesgartenschau.

Laut OBM **Spec** schließe nachhaltige Mobilität noch mehr Aspekte mit ein. So könnten Parkhäuser an der Autobahn zu einem zukunftsfähigen Parkierungskonzept gehören. Dafür könnte auch eine höhere Planungssumme eingestellt werden.

Dafür sei die Fraktion offen, so Stadträtin **Liepins**. Es seien Signale vom Blühenden Barock ausgegangen, dass sich das Land an den Planungskosten beteiligen würde. Die Fraktion sei gerne bereit, auch eine weitergehende Untersuchung anzustreben.

Stadtrat **Noz** sieht einen Zusammenhang zu den Innenstadtgaragen. Es sollte im Ausschuss weiterdiskutiert werden.

Stadtrat **Prof. Vierling** hält die Begründung für neue Parkplätze in der Stadt für nicht sinnvoll. Man müsse sich die grundsätzliche Frage stellen, wie viele Autos in die Stadt gelassen werden sollen.

Er bittet um eine langfristige Lösung und eine differenzierte Planung.

Es sei gleich, ob man ein ober- oder unterirdisches Parkdeck baue, meint Stadtrat **Weiss**, die Kosten sollten am Ende entscheidend sein.

Stadtrat **Heer** sieht das Thema im Zusammenhang mit ZIEL und verweist auf einen Antrag aus dem letzten Jahr.

Laut Stadtrat **Lettrari** wolle jeder saubere Luft in der Stadt, daher sollten keine neuen Parkhäuser gebaut werden. Für die Landesgartenschau sollten Parkplätze vor den Toren der Stadt eingerichtet werden

OBM **Spec** schlägt die Modifizierung des Antrags dahingehend vor, dass ein Gesamtkonzept für die Parkierung erarbeitet werde.

Stadträtin **Liepins** erinnert daran, dass zu diesem Thema gestellte Anträge nicht beantwortet seien. Es müsse aufgezeigt werden, was bei der Bärenwiese möglich ist. Das Areal könne zusätzlich aufgewertet werden.

Stadtrat **Heer** gibt zu bedenken, dass bei Zuschlag der Landesgartenschau ohnehin neu geplant werden müsste.

OBM **Spec** schlägt aus den Ergebnissen der Beratung vor, den Antrag dahingehend zu modifizieren, dass die Parkierung weitergehend untersucht wird und der Planungsansatz auf 40.000 Euro erhöht werde. Den modifizierten Antrag stellt er zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** erläutert, dass man sich mit den Nachbarkommunen in Verhandlungen befinde.

Stadträtin **Liepins** will vermeiden, dass durch die Doppelstrategie doppelte Kosten entstehen. Die Nachbarkommunen sollten bei den Projekten mitgenommen werden.

Stadtrat **Noz** wünscht schnelle Ergebnisse in der Sache, die Aufteilung der Kosten könne später erfolgen.

OBM **Spec** führt aus, dass die Verwaltung zusammen mit den Partnern auf Hochtouren an der Doppelstrategie arbeite. Bis zum Ende des 1. Quartals 2018 wolle man eine Vorlage in den Gemeinderat einbringen.

Laut Stadtrat **Liepins** würde ein Sperrvermerk anteilig für 500.000 Euro die Verwaltung nicht blockieren.

OBM **Spec** stellt den gestellten Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und zusammen mit der Abstimmung zum Antrag 510/17.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf.
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** berichtet, dass im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vonseiten des VVS berichtet worden sei. Mit den Ergebnissen aus der Beratung werde eine neue Vorlage erstellt und im 1. Quartal 2018 eingebracht. Es würden 500.000 Euro zur Verfügung stehen.

Stadtrat **Liepins** hält den Vorschlag der Verwaltung für gut. Das Stadtticket solle in Form von Einzeltickets à 1,50 Euro ausgegeben werden.

Laut Stadtrat **Prof. Vierling** würde die Akzeptanz und der Preisvorteil durch ein Viererticket erhöht werden. Er schlägt vor, dass die Nutzung an Samstagen und Kindertickets kostenfrei sein sollen.

Stadtrat **Rothacker** meint, dass das Thema im Ausschuss beraten worden sei und Geld dafür in den Haushalt eingestellt sei. Der Antrag sei daher hinfällig.

Stadträtin **Dziubas** findet, dass sowohl verbilligte Einzel- als auch Vierertickets angeboten werden

TOP 1.27 Einführung eines City-Tickets
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 22.11.2017

Vorl.Nr. 501/17

könnten.

Stadträtin **Liepins** entgegnet, dass die Kosten für das Ludwigsburg-Ticket nicht im Haushalt eingestellt sei.

OBM **Spec** schlägt vor, dass gemäß dem Antrag 300.000 Euro für 2018 in den Haushalt eingestellt werden und im 1. Halbjahr 2018 weitere Beratungen und der Beschluss folgen sollen.

Sodann stellt er den Antrag zusammen mit Antrag 510/17 zur Abstimmung. Der Antrag ist damit erledigt.

TOP 1.28 Einführung eines verbilligten Ludwigsburg-Tickets
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom
20.11.2017

Vorl.Nr. 510/17

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und zusammen mit Antrag 501/17.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird gemeinsam mit Antrag 501/17 beraten. Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.27.

TOP 1.29 Aufstockung des Ansatzes für den Radwegebau
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 21.11.2017

Vorl.Nr. 496/17

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf

Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** rät, keine zusätzlichen Mittel in den Haushalt einzustellen, da die Radwegkonzeption durch den Fonds für Nachhaltige Mobilität gefördert werde.

Stadträtin **Dr. Knoß** erläutert, dass zu wenig beim Radwegbau passiere. Das Radwegkonzept sehe 1 Mio. Euro pro Jahr vor.

Stadtrat **Noz** fordert, die Bismarckstraße als Radweg auszubauen. Viele Mittel der vergangenen Jahre seien nicht verbaut worden, es brauche daher keine zusätzlichen Ansätze für den Haushalt 2018.

Die Fraktion werde sich enthalten, erklärt Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Im Haushalt sei ein Ansatz für den Radwegbau enthalten. Den Antrag hält er für plakativ; nötig sei ein Verkehrsplaner.

Laut Stadtrat **Weiss** sei die Fraktion bereit, Geld für die Sicherheit der Radfahrer auszugeben. Eine Verbindung in die Weststadt sollte als nächstes angegangen werden.

Das zusätzliche Geld könne in den Haushalt eingestellt werden, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Schließlich gebe es eine Unbedenklichkeitserklärung seitens der Bundesregierung für begonnene Projekte aus dem Fonds Nachhaltige Mobilität.

BM **Ilk** erläutert, dass entsprechende Planerkapazitäten vonnöten seien. Der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen werde mit den Haushaltsansätzen auskommen.

OBM **Spec** stellt sodann den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 23 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf
Stadtrat F. Lutz
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Liepins** führt aus, dass man endlich vorankommen müsse. Die Eglosheimer hätten die Sorge, dass vor 2020 nichts passiere. Es werde daher der Tausch der Baumaßnahmen Schwieberdinger Straße/Frankfurter Straße beantragt.

Stadtrat **Link** pflichtet dem bei. Er fragt, warum die Maßnahme Frankfurter Straße immer wieder geschoben werde. Beide Maßnahmen könnten 2018 gebaut werden.

Die Fraktion stimme dem Antrag zu, so Stadtrat **Weiss**. Man habe in der Vergangenheit viel versprochen. Zukünftig müsse man auch über die Stuttgarter Straße nachdenken.

Stadtrat **Heer** plädiert für den Bau beider Straßen, wie in einem Antrag von 2015 gefordert.

Stadträtin **Burkhardt** werde dem Antrag zustimmen. Sie gibt zu bedenken, dass die Wirkung von Flüsterasphalt nicht lange anhalte. Besser sei die Einführung von Tempo 30 in der Nacht.

Stadträtin **Seyfang** spricht die in Aussicht gestellten Grünen Wände und stationären Blitzer an der B 27 an.

OBM **Spec** führt aus, dass eine Lärmschutzwand als Ersatz für die Hecke an der Friedhofsmauer geplant sei. Die jetzt installierten Mooswände seien ein Forschungsprojekt mit Firmen und Hochschulen, aus dem man sich wertvolle Erkenntnisse für den weiteren Einsatz zur Feinstaubabsorption erhoffe. Es gehe darum, integrierte Lösungen zur Feinstaub- und Lärmreduzierung zu finden. Eine Ausarbeitung dazu werde im Stadtteilausschuss präsentiert, bevor dann Beschlüsse folgen.

Stadtrat **Lettrari** spricht sich für eine rasche Umsetzung aus.

BM **Ilk** erläutert, dass allein der Bau des Flüsterasphalts in der Frankfurter Straße sehr aufwendig sei. Diesen parallel zur Schwieberdinger Straße zu bauen, sei schwierig. Die Einrichtung von Lärmschutzwänden mache es zudem komplexer.

Frau **Schmidtgen** ergänzt, dass nur eine Baumaßnahme im nächsten Jahr möglich sein werde. Gleichzeitig mit der Belagerneuerung würden Leitungen ausgetauscht und es müsse massiv eingegriffen werden. Für die auszutauschende Gashochdruckleitung sowohl in der Schwieberdinger als auch in der Frankfurter Straße müsse eine Bauzeit von je 15 Wochen veranschlagt werden. Wenn man jetzt plane, dann gleich richtig.

Stadträtin **Liepins** fordert, dass endlich etwas in Eglosheim passiere. Sie wolle wenigstens die Zusage, dass 2019 begonnen werde.

Die Verwaltung solle zu ihrem Wort stehen, mahnt Stadtrat **Link** an.

OBM **Spec** wiederholt, dass die Stadt ordentlich plane, wie von den Fachleuten dargelegt worden sei. Er verwehrt sich gegen unsachliche Vorwürfe.

Stadtrat **Juranek** schlägt vor, wenigstens 2018 mit den konkreten Planungen zu beginnen.

OBM **Spec** schlägt vor, die 300.000 Euro des Antrags in den Haushalt als Planungskosten für die Frankfurter Straße einzustellen. Die Schwieberdinger Straße müsse im nächsten Jahr gebaut werden.

Stadtrat **Link** gibt zu bedenken, dass er nur zustimmen könne, wenn die Frankfurter Straße 2018 gebaut werde. Die vorgeschlagenen 300.000 Euro würden nicht reichen.

Stadträtin **Liepins** erklärt, dass der Antrag der SPD-Fraktion beibehalten werden solle, dem Zeitplan könne sie nicht zustimmen.

OBM **Spec** stellt sodann den modifizierten Antrag zur Abstimmung, wonach die Schwieberdinger Straße 2018 durchgeführt werde und 300.000 Euro zusätzlich für die Frankfurter Straße in den Haushalt eingestellt werde. Weitere Beratungen sollen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** erläutert, dass im Groben der Antrag dem geplanten weiteren Verfahren entspreche.

Stadtrat **Weiss** fordert die Einarbeitung der beantragten Punkte aus Antrag 455/17, dann könne man sich dem Antrag anschließen.

BM **Ilk** zeigt sich verwundert über den Antrag. Die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb seien im vorigen Dezember 2016 vom Gemeinderat beschlossen worden. Viele Dinge der eindeutigen Beschlusslage müssten dann rückgängig gemacht werden.

OBM **Spec** bittet um inhaltliche Diskussion des weiteren Verfahrens im 1. Halbjahr 2018. Dort würden bis zum Wettbewerb am 30. Juni weitere Beratungen stattfinden.

Stadtrat **Herrmann** erklärt, dass sich der Antrag bei dem dargelegten weiteren Verfahren erledigt habe.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** führt aus, dass weitere Gespräche mit der Kreissparkasse anberaumt seien. Das Projekt berge Vor- und Nachteile. Die Stadt schlägt einen Wettbewerb vor und wolle, dass das Projekt voranschreite.

Stadtrat **Noz** erläutert, dass Diskussionen über den Arsenal- und Schillerplatz schon seit langem geführt werden, der Gemeinderat sei darüber uneinig. Die Kreissparkasse sei ein guter Gewerbesteuerzahler, die angestrebten Termine sollten eingehalten werden. Das Bauprojekt sei im Gestaltungsbeirat behandelt worden. Ein Wettbewerb koste Zeit und Geld. Es gelte, ein Zeichen in Richtung Kreissparkasse zu geben.

Laut BM **Ilk** strebe die Kreissparkasse eine gute Gestaltung an. Wichtig sei ein gutes und konstruktives Miteinander mit dem Partner.

Stadtrat **Juranek** meint, dass dringend etwas passieren müsse. Auf den Wettbewerb sollte verzichtet werden, da sonst der Zeitplan nicht einzuhalten sei.

OBM **Spec** verweist den Antrag zur weiteren Beratung im 1. Halbjahr 2018 in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** erläutert, dass die Parkgebühren in Zusammenarbeit mit den SWLB vereinbart werden müssten.

Für Stadtrat **Prof. Vierling** sei klar, dass die Durchsetzung des Themas Zeit benötige. Intelligente Lösungen in der Parkierung seien nötig.

Die Fraktion sei ablehnend, erklärt Stadtrat **Herrmann**. Das Verwaltungspersonal sollte nicht unnötig beschäftigt werden.

OBM **Spec** verweist den Antrag zur Beratung in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im 1. Halbjahr 2018.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** berichtet, dass im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im 1. Halbjahr 2018 ein Bericht erfolgen werde.

Im Anschluss stellt OBM **Spec** einen weiteren haushaltsrelevanten Antrag. In der Südstadt sieht er Handlungsbedarf, was einen Stadtteilentwicklungsplan (STEP) angehe. Als pauschale Summe für die Einführung des STEP-Prozesses in der Südstadt schlägt er 50.000 Euro als Haushaltsansatz vor. Desweiteren schlägt er vor, die Sperrvermerke für die zwei Stellen der Stadtteilkümmerner aufzuheben. Anfang 2018 werde eine Beschlussvorlage in den Gemeinderat eingebracht.

Stadtrat **Herrmann** bittet um getrennte Abstimmung der beiden Punkte.

Der Antrag finde seine Unterstützung, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Ein STEP sei wichtig für die Südstadt und die Aufhebung der Sperrvermerke dringend nötig.

Laut Stadträtin **Liepins** sollte mit der Aufhebung des Sperrvermerks nicht bis zum Haushalt 2019 gewartet werden.

Stadträtin **Moersch** erklärt, dass sich in der Südstadt viele Engagierte zur Mitarbeit bereit erklären würden. Bislang konnte sich die Südstadt nicht zu Wort melden. Die Themen seien vielfältig. Der eingeschlagene Weg sei positiv.

Stadtrat **Heer** meint, dass man dann auch für die Ost- und Weststadt in Verpflichtung gehe.

Stadtrat **Noz** gibt an, dem Antrag nicht zustimmen zu können.

OBM **Spec** spricht die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt an, in dem die geplante Anschlussunterkunft in der Südstadt beraten werde. Es bleibe beim Konsens über die dezentrale Unterbringung in allen Stadtteilen. Wie in Hoheneck zeige sich die Verwaltung offen für neue Vorschläge.

Abstimmungsergebnis

Die Abstimmungen erfolgen offen.

Der Beschluss über die Bereitstellung von 50.000 Euro im Haushalt 2018 zur weiteren Erarbeitung eines STEP-Prozesses in der Südstadt wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss über die Aufhebung der Sperrvermerke für 2 Stellen als Stadtteilkümmerner wird mit 32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf
Stadtrat F. Lutz
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Im weiteren Verlauf äußert sich Stadtrat **Herrmann** zum Haushalt, dass sich unterm Strich Verbesserungen von 2,6 Mio. Euro ergäben. Die Stadt nehme in bester Steuerlage Schulden auf. Er plädiert für eine Reduzierung der Schuldenaufnahmen von 4 Mio. Euro auf dann ca. 1,5 Mio. Euro.

Herr **Kiedaisch** erläutert, dass die Verbesserungen im Ergebnishaushalt seien, die Verschlechterungen, auch aufgrund von Gemeinderatsentscheidungen, im Finanzhaushalt. Der Kredithaushalt müsse 2018 so bestehen bleiben, bis 2021 erwarte man eine Verbesserung von insg. 6 Mio. Euro. Die Stadt habe das größte Investitionsprogramm seit Jahren und brauche daher die Mittel.

OBM **Spec** erklärt, dass die Grundstruktur des Haushalts immer gewesen sei, nur bei schlechter Konjunktur Schulden aufzunehmen. In der Region stehe die Stadt gut da, trotz hoher Investitionen vor allem im Bildungsbereich. Man habe die Verpflichtung, einen generationengerechten Haushalt aufzustellen. Im kommenden Haushaltsvollzug sei er zuversichtlich, dass weniger Darlehen aufgenommen werden müssen.

Der Haushalt sei so nicht generationengerecht, meint Stadtrat **Herrmann**. Er stellt den Antrag, die Neuschuldenaufnahme zu halbieren.

OBM **Spec** gibt an, dass dazu ein Deckungsvorschlag gemacht werden müsse.

Stadtrat **Weiss** spricht von einem Signal an die Bürger. Es sei klarer Auftrag an den Kämmerer, den Schuldenstand zu reduzieren.

Für Stadtrat **Prof. Vierling** komme dieser Antrag zu spät. Es seien große Projekte im investiven Bereich geplant.

Herr **Kiedaisch** kann die Bedenken nachvollziehen. Die Aufstellung des Haushalts sei aber an Mathematik gebunden. Die Haushaltsanträge schlagen sich in höheren Ausgaben durch, und der Haushalt müsse ausgeglichen sein. Bei Reduzierung der Schuldenaufnahme müssten dann Investitionen in gleicher Höhe reduziert werden. Eine Entzerrung von Investitionen entlaste zwar den Haushalt, verlagere aber die Ausgaben lediglich.

Stadtrat **Herrmann** schlägt vor, den Bau-Sammler um 2 Mio. Euro zu kürzen.

OBM **Spec** hält es für ein ungewöhnliches Verfahren, zum Schluss der Haushaltsdebatte einen solchen Antrag zu stellen. Es müssten konkrete Einsparungen benannt werden. Der Bau-Sammler sei eine anonyme Darstellung der Bauinvestitionen, keine Rückstellung. Eine Kürzung des Sammlers wirke sich bei der Umsetzung der Prioritätenliste aus.

Herr **Kiedaisch** führt aus, dass es sowohl Verbesserungen, als auch Verschlechterungen im Haushalt gebe. So sei bspw. der Ansatz für den Fuchshof-Abriss viel höher als erwartet.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** bittet um Abstimmung des Antrags von Stadtrat Herrmann.

OBM **Spec** gibt zu bedenken, dass der Antrag von Stadtrat Herrmann nicht konform mit der

Gemeindeordnung sei. Er stellt sodann den Antrag von Stadtrat Herrmann zur Abstimmung, wonach die Neuverschuldung um 2 Mio. Euro reduziert und im Gegenzug der Bau-Sammler um 2 Mio. Euro gekürzt werden solle.

Abstimmungsergebnis

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf
Stadtrat F. Lutz
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beschluss:

Dem beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Faulhaber
Stadtrat Gericke
Stadtrat Kasdorf
Stadtrat F. Lutz
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat V. Lutz
Stadtrat Remmele
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet. OBM **Spec** stellt sodann die Vorlage 438/17 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Jahresbericht 2016 der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Den Programm- und Haushaltsplanungen 2018 wird zugestimmt.
3. Im Haushalt 2018 wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen ein Zuschussbetrag i.H.v. 181.844,00 Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Faulhaber
Stadtrat Gericke
Stadtrat Kasdorf
Stadtrat F. Lutz
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat V. Lutz
Stadtrat Remmele
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf. Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet.

OBM **Spec** stellt sodann die Vorlage 433/17 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der vorliegenden Geschäftsordnung des Jugendgemeinderats wird mit den Änderungsvorschlägen aus Anlage 1 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
 Stadtrat Faulhaber
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Kasdorf
 Stadtrat F. Lutz
 Stadtrat Th. Lutz
 Stadtrat V. Lutz
 Stadtrat Remmele
 Stadtrat Rothacker
 Stadtrat Seybold
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 4 auf. Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet.

Die abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 29.11.2017 der Vorlage 309/17 betreffe § 13 der Anlage, führt BM **Ilk** aus. Ein Wegzug von Mitgliedern des Jugendgemeinderats ziehe demnach nicht automatisch das Ausscheiden aus dem Jugendgemeinderat nach sich.

Die Vorlage wird sodann von OBM **Spec** zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Verlängerung des Schulversuchs G9 am Mörike-Gymnasium um weitere fünf Jahre ab dem Schuljahr 2020/2021 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt den Antrag auf Verlängerung beim Kultusministerium zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Faulhaber
Stadtrat Gericke
Stadtrat Kasdorf
Stadtrat F. Lutz
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat V. Lutz
Stadtrat Remmele
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 5 auf. Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet.

Die Vorlage 347/17 wird sodann von OBM **Spec** zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Ludwigsburg bewirbt sich zur Durchführung einer Landesgartenschau und nimmt mit dem Konzept Stadtgartenschau am Auswahlverfahren für das Landesprogramm "Natur in Stadt und Land" für die Jahre 2026 - 2030 teil.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Daferner
Stadtrat Faulhaber
Stadtrat Gericke
Stadtrat Kasdorf
Stadtrat F. Lutz
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat V. Lutz
Stadtrat Remmele
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft den Tagesordnungspunkt 6 auf. Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag.

Auf die Frage von Stadtrat **Herrmann**, ob die Vorlage öffentlich vorberaten worden sei, antwortet BM **Ilk**, dass am 09.11.2017 eine öffentliche Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zur Landesgartenschau-Bewerbung stattgefunden habe.

In diesem Zusammenhang schlägt Stadträtin **Liepins** vor, den Tagesordnungspunkt 3 Wirtschaftsplan der TELB, der nicht öffentlich vorberaten worden sei, in Form eines Pressegesprächs der Presse und der Öffentlichkeit vorzustellen, was von OBM **Spec** gutgeheißen wird.

Sodann lässt er über die Vorlage 486/17 abstimmen. Im Rahmen der weiteren Konkretisierungen gebe es Raum für breite Diskussionen über die Thematik. Der Beschluss werde jetzt gefasst, um die Bewerbung fristgerecht einreichen zu können.

Beschluss:

- 1.1 Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und Bau der Erweiterung der Eichendorffschule, Neißestraße 22, auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vom 02.11.2017 mit **Projektkosten** von rd. 3,273 Mio. EUR (investiv) und 200.000 EUR (konsumtiv) inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400, 500, 600 + 700).
- 1.2 Die notwendigen Finanzmittel für die gesamte Baumaßnahme werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2018 im Haushalts- und Finanzplan 2018 zur Verfügung gestellt.
- 2.1 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für Heizung, Lüftung, Sanitär (HLS) ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Büro IWP Ingenieurbüro für Systemplanung GmbH, Talstraße 41, 70188 Stuttgart wird zugestimmt.
- 2.2 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für Elektrotechnik (ELT) ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an GBI Gackstatter Beratende Ingenieure GmbH, Schwieberdinger Straße 56, 70435 Stuttgart wird zugestimmt.
- 2.3 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für die Tragwerksplanung ab LPH 4 bis 8 auf Basis der Kostenberechnung an Rehle Ingenieure GmbH, Reinsburgstraße 97, 70197 Stuttgart wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Daferner
Stadtrat Faulhaber
Stadtrat Gericke
Stadtrat Kasdorf
Stadtrat F. Lutz
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat V. Lutz
Stadtrat Remmele
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 7 auf. Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet.

OBM **Spec** stellt sodann die Vorlage 431/17 zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Stadtrat Florian Lutz wird als zusätzliches Mitglied in den Beirat der Kunstschule Labyrinth entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Daferner
Stadtrat Faulhaber
Stadtrat Gericke
Stadtrat Kasdorf
Stadtrat F. Lutz
Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat V. Lutz
Stadtrat Remmele
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 8 auf. Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet.

OBM **Spec** stellt sodann die Vorlage 480/17 zur Abstimmung und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.